

Stand: 30.06.2026 00:20:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20309

"Zeit für Gerechtigkeit - Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20309 vom 24.01.2018
2. Beschluss des Plenums 17/20404 vom 25.01.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 25.01.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen und Familien im Bereich von Schule und Ausbildung nachhaltig zu entlasten. Dies gelingt insbesondere durch folgende Maßnahmen:

1. Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Ganztagsschulplatz, um die Betreuung zu sichern und Nachhilfe überflüssig zu machen,
2. Kostenfreiheit für den Schulweg bis zum Abschluss der Schule oder der Lehrzeit,
3. umfassende Lernmittelfreiheit, die insbesondere auch digitale Hard- und Software für Schüler umfasst,
4. kostenfreies, gesundes Mittagessen an allen Schulen,
5. pädagogisches Zusatzpersonal wie Schulsozialarbeiter, Erzieher, Psychologen und Sonderpädagogen an allen Schulen,
6. die Abschaffung der verbindlichen Übertrittsempfehlung über den Notenschnitt aus Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachunterricht (HSU).

Begründung:

Um zu mehr Chancengleichheit zu kommen, um die Familien zu entlasten und um die Abhängigkeit von Bildungserfolg und Herkunft zu verkleinern, ist ein „Bildungspaket für Familien“ notwendig, das die Familien und die Schulen an den unterschiedlichsten Stellen wirkungsvoll stärkt. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz, Schulwege- und Lernmittelfreiheit, Schulqualitätsverbesserungen durch multiprofessionelle Teams und die Entlastung durch Abschaffung des Grundschulabiturs führen unmittelbar zu finanzieller, organisatorischer und emotionaler Entlastung von Familien.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/20309

Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)**

Zeit für Gerechtigkeit - Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken

(Drs. 17/20309)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen konnten wir der Presse entnehmen, bei welchen zehn Punkten die Mehrheitsfraktion und die Mehrheitspartei hier in Bayern Handlungsbedarf für Bayern sehen.

Ich muss auf der einen Seite zunächst einmal feststellen, dass eine ganze Reihe von Punkten von unseren Vorschlägen abgeschrieben wurde. Das finde ich zunächst einmal gut. Ich muss aber auf der anderen Seite feststellen, dass ganze Themenfelder, zum Beispiel das Themenfeld Familie, das Themenfeld Bildung, nahezu überhaupt nicht vorkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich sehr schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Außer Beweihräucherungen kann ich zu diesen Themenfeldern überhaupt nichts finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit tagt in Davos der Weltwirtschaftsgipfel. In allen Talkshows landauf und landab wird über Chancengleichheit debattiert. Eine der wichtigsten Forderungen, die dort immer wieder gestellt wird, ist die nach der Investition in Bildung. Da frage ich mich schon, wie es denn sein kann, dass dieses Thema total ausgeklammert ist.

Bildung hängt in Bayern – das zeigen viele Studien – ganz stark vom Geldbeutel und von der Herkunft ab. Selbst unser Minister Spaenle musste schon zugeben, dass in

Bayern Defizite bei den Risikoschülern bestehen. Ich finde, das ist im reichen Bayern ein Skandal; denn gerade bei uns wäre genug für alle da.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, längst ist unter Fachleuten unstrittig, dass ein Bildungssystem nur dann nachhaltig und gut ist, wenn es sich um die Bildungsgerechtigkeit kümmert. Viele Studien zeigen uns auch den Weg dahin auf. Um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, wird immer wieder das Gleiche gefordert. Wir brauchen für alle Kinder Zugang zu gutem Ganzttag. Wir brauchen kostenfreie Bildung für die Eltern. Wir brauchen qualitativ hochwertige Bildung, und unser Bildungssystem muss durchlässig sein.

Die Realität in Bayern sieht leider ganz anders aus. Mein Kollege Martin Güll ist in den letzten Monaten durch ganz Bayern gereist. Wir haben eine Vielzahl von Schulkonferenzen gemacht. Überall wird uns gesagt: Es klemmt im Schulsystem an allen Ecken und Enden. Es gibt zu wenige Lehrer, zu große Klassen. Die Schulen werden mit allen Problemen und Herausforderungen alleine gelassen. Es gibt viel zu wenige Hilfsysteme für die vielen Kinder, die mehr Unterstützung brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich konkret werden: Beispiel Ganzttag – wo stehen wir denn in Bayern, wenn es um Ganzttag geht? – Ich kann Ihnen sagen: Nach wie vor ist es so, dass viele Eltern verzweifelt und ohne Erfolg einen guten Ganzttagsplatz suchen. Ich bekomme dazu immer wieder Zuschriften. Ich kann nur feststellen: Wir sind weit davon entfernt, den Bedarf abzudecken.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist ein Rechtsanspruch auf guten Ganzttag. Ich meine, wir brauchen noch mehr. Wir brauchen guten Ganzttag, wir brauchen gute Ganzttagsschulen; denn nur gute Ganzttagsschulen ersetzen tatsächlich den Nachhilfeunterricht.

Da sind wir beim Punkt. Zum Beispiel für Kinder mit Migrationshintergrund ist gerade das wichtig. Eine Vielzahl von Studien hat festgestellt, dass Kinder mit Migrationshintergrund immer noch Defizite etwa in Lesekompetenz oder Mathe haben. Was also brauchen diese Kinder? – Sie brauchen zusätzliche Hilfssysteme. Da muss ich einfach feststellen: Guter Ganztag kann genau diese Hilfe geben, kann Kinder da auffangen. Also, mehr guter Ganztag!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was brauchen wir weiter? – Wir brauchen kostenfreie Bildung für die Eltern. Es kann nicht sein, dass Familien Unsummen für Schulmaterialien ausgeben müssen.

Wir haben am Anfang des Schuljahres eine Pressekonferenz gemacht. Mein Kollege Martin Güll hat mal zusammengerechnet: Familien zahlen am Schuljahresanfang über 300 Euro für die Schultensilien. Dazu kommt noch eine Menge weiterer Dinge, die man im Laufe des Jahres braucht. Für Alleinerziehende ist das viel Geld. Ich bin der Meinung, wir brauchen Lernmittelfreiheit.

Gleiches gilt für den Schulweg. Der Schulweg muss für die Eltern kostenfrei sein. Es kann nicht sein, dass die Schüler ab der 11. Klasse und die Berufsschüler für ihre Tickets selber zahlen müssen. Ich bin davon gerade selbst betroffen, und ich kann Ihnen sagen: 50 Euro im Monat sind da schnell mal zusammen. Das ist für Familien viel Geld. Das ist für Alleinerziehende viel Geld. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen müssen wir hier etwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Beim Mittagessen geht es weiter. Ich persönlich halte es für einen Skandal, dass bei uns in Bayern nicht alle Kinder ein gesundes Mittagessen bekommen. Ich bin mit meiner Kollegin in den letzten Sommerferien durch ganz Bayern gereist, und wir haben uns die Verpflegung an den Schulen angeschaut. Ich kann Ihnen sagen: Da gibt es

noch wahnsinnig viel Nachholbedarf. Es klappt eben nicht allerorts, dass die Kinder, die sich das nicht leisten können, automatisch am Schulesen teilnehmen. Das klappt eben nicht. Wir haben hier Nachholbedarf. Ich kann Ihnen nur raten, den Blick nach Rheinland-Pfalz oder NRW zu richten. Dort gibt es Programme für Kinder, sodass alle Kinder teilnehmen können. In NRW gibt es

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

zum Beispiel das Projekt "Alle Kinder essen mit", und entsprechende Programme brauchen wir auch in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Es geht damit weiter, dass Schule qualitativ hochwertig sein muss und Schulen nicht alleingelassen werden dürfen; dazu habe ich schon eine Menge gesagt.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das Grundschulabi muss endlich abgeschafft werden. Wir stellen seit Langem fest, dass der Übertritt an die weiterführenden Schulen und die soziale Herkunft stark zusammenhängen. Während Kinder von Akademikern geradezu aufgefordert werden, den Übertritt zu wagen, werden Kinder aus prekären Familien behindert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss sich ändern. Wir müssen den Druck auf die Familien, auf die Eltern abschaffen und lieber Hilfesysteme für die Kinder an den Schulen einrichten, damit wir alle Kinder mitnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt kann ich Sie nur bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt noch eine Menge zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Prof. Dr. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in meinen Ausführungen möglichst nah an den Dringlichkeitsantrag halten. Die Vorrednerin der SPD hat viele Teile erwähnt hat, die überhaupt nicht dazugehören. Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass ich eine Themaverfehlung begehe.

Wenn man den vorliegenden Dringlichkeitsantrag liest, könnte man meinen, er ist in den Wahlkampfzeiten eine kleine Sammlung nach dem Motto "Wünsch dir was" und aus der Oppositionsarbeit der vergangenen Wochen, Monate und Jahre gegriffen. Wenn man aber genauer hinsieht, stößt man bereits beim ersten Punkt auf ein erhebliches Informationsdefizit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil man bei der örtlichen SPD offensichtlich nicht mitbekommt, was man in den Sondierungsverhandlungen in Berlin von SPD-Seite aus macht.

Ich möchte zu der Nummer 1 darauf hinweisen – Frau Kollegin Strohmayer hat es auch erwähnt –, dass hier von einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz gesprochen wird. Wenn es diesen gäbe, würde das die gewachsene Betreuungsstruktur in Bayern zerstören, insbesondere die Angebote der Jugendhilfe. Deswegen muss man feststellen, dass nicht nur die CSU in ihrem Bundestagswahlprogramm, dem Bayernplan, sondern auch die Sondierer der SPD auf Bundesebene Folgendes festgehalten haben:

Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. Für die Ausgestaltung wollen wir das SGB VIII nutzen.

Die Bayern-SPD läuft also offensichtlich immer noch alten Hüten hinterher.

Frau Kollegin Strohmayer, wir machen viel für den Ganzttag. Daran ist eine Projektgruppe in der CSU-Fraktion maßgeblich beteiligt, der die Kollegin Brendel-Fischer, die Kol-

legin Heckner und die Kollegin Kerstin Schreyer angehören, die das Thema über Jahre vorgebracht hat. Liebe Kollegen, hier ist etwas vorangegangen, und man kann in puncto Ganztag sagen, dass alle genehmigungsfähigen Anträge genehmigt werden. Ich beziehe mich nur auf euren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Ich komme zu Nummer 2: Kostenfreiheit des Schulwegs. Auch hier wurde sehr fein austariert, und zu unterstellen, sozial Schwächere würden im Regen stehen gelassen, ist falsch. Frau Kollegin Strohmayr, es gibt selbst über die 11. Jahrgangsstufe hinaus eine Familienbelastungsgrenze von 420 Euro pro Jahr, und es gibt Härtefallregelungen, die ausdrücklich festgeschrieben sind. Alle mit einem Kindergeldanspruch für drei oder mehr Kinder oder Familien, die in den Genuss der Härtefallregelungen kommen, werden von den Beförderungskosten in vollem Umfang freigestellt.

Dann komme ich zu Nummer 3: die umfassende Lernmittelfreiheit und insbesondere die digitale Hard- und Software für Schüler. Jetzt müsste man natürlich auch all das lesen, was vonseiten der Staatsregierung und der Regierungsfraktion auf den Weg gebracht wird. Wir haben nicht nur eine umfassende Lernmittelfreiheit, die über die kommunale Verwaltungsschiene abgewickelt wird und bei der die Mittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung stellt, zweckgebunden verwendet werden müssen, sondern auch nur kleine Ausnahmen davon, nämlich bei Atlanten, Formelsammlungen, Arbeitsblättern usw. Allerdings ist auch hier für diejenigen, die eine soziale Unterstützung brauchen, ausdrücklich eine Ausnahme festgelegt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit dem Masterplan BAYERN DIGITAL II und mit den Maßnahmen im Rahmen des Nachtragshaushalts 2018 im Bereich der digitalen Unterstützung ein mehrjähriges Förderprogramm für digitale Klassenzimmer und zur Verbesserung der IT-Ausstattung auf den Weg gebracht. Wir reden nicht nur von digitalem Unterricht, sondern wir werden auch die Lernplattformen wie Mebis zu einer breiteren Nutzung als bisher bringen. Wir vergessen auch nicht die schulische

Systembetreuung. Warum also ein Dringlichkeitsantrag, wenn man nur zu lesen bräuchte, was auf den Weg gebracht wurde?

Die Nummer 4 betrifft das kostenfreie, gesunde Mittagessen an Schulen. Hier lohnt der Blick auf eine Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage der SPD, Drucksache 17/8046. Darin wird viel Erhellendes auch für diejenigen dargelegt, die meinen, es wäre vor Ort nichts geboten. Statistisch kostet das Mittagessen in 24 % der befragten Schulen weniger als 3,00 Euro, in 40 % der Schulen zwischen 3,00 Euro und 3,49 Euro, und in 28 % der Schulen liegt der Ausgabepreis zwischen 3,50 Euro bis 3,99 Euro. Lediglich in 8 % der Schulen beträgt der Preis 4,00 Euro und mehr. Da ein Mittagessen etwas kostet, aber auch hier die sozial Schwächeren nicht im Regen stehen gelassen werden, kann für diese Kosten nach § 28 Absatz 6 Nummer 1 des SGB II ein Zuschuss im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe gestellt werden. Die Zuständigkeit dafür liegt bei den Jobcentern bzw. den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Ich komme zu Nummer 5: pädagogisches Zusatzpersonal, Erzieher, Psychologen und Sonderpädagogen an allen Schulen – ein abendfüllendes Thema. Ich weise auf die Drucksache 17/7977 hin, die Schriftliche Anfrage eines Kollegen, der früher bei den FREIEN WÄHLERN war, wobei die Antworten nach wie vor gelten.

Wenn man die diversen Informationen liest, die im Internet verfügbar sind – Frau Kollegin Strohmayer, hören Sie doch einmal zu, wenn ich Ihnen auf Ihre Fragen eine Antwort geben möchte –, bemerkt man, dass in der Tat sehr viel getan wurde, sodass Bayern bei der Jugendsozialarbeit an Schulen im Bundesvergleich unbestritten führend ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

– Herr Kollege Güll, wir können gerne noch weiter darüber diskutieren.

Aufgrund der Zunahme – und das wäre jetzt tatsächlich eine Kritik wert, wenn man nichts gemacht hätte, aber auch das stößt ins Leere – von Migration, also der gestiegenen Zahl junger Menschen mit Migrationshintergrund, wurde von der Staatsregierung am 09.10.2015 beschlossen, den Ausbau der Jugendsozialarbeit zu beschleunigen und Einsatzorte mit einem hohen Migrantenanteil zu priorisieren. Das ist eine beständige Kritik.

Jährlich wurden 1,9 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, und bereits zum Ende des Jahres 2018 – das ist übrigens das Jahr, in dem wir uns aktuell befinden – werden Freistaat und Kommunen das Ziel von 1.000 Stellen, die sogenannten Vollzeitäquivalente, erreicht haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 wurden rund 17,5 Millionen Euro bzw. 18,22 Millionen Euro bereitgestellt, und der bayernweite Ausbaustand beläuft sich auf 814 Stellen an insgesamt über 1.000 Einsatzorten.

Zur Nummer 6: Abschaffung der verbindlichen Übertrittsempfehlung aus dem Notendurchschnitt der Fächer Deutsch, Mathematik, Heimat- und Sachunterricht. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Verkürzung. Das Übertrittsverfahren umfasst erheblich mehr. Es umfasst nicht nur das Übertrittszeugnis mit Noten, sondern auch eine Schullaufbahnempfehlung und die Möglichkeit zum Besuch des Probeunterrichts. Den Elternwillen haben wir erweitert. Das Ganze ist wohlabgewogen, weil die Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend in der Schulart nach der Grundschule weitermachen sollen, wo sie ihre Heimat haben werden.

Es gibt eine hohe Zustimmung zu dem Übertrittsverfahren, wie wir es haben. Das ist in der letzten Online-Befragung – zuletzt die siebte Befragung 2016 – nachzulesen, wonach die Übertrittsempfehlung in der vorliegenden Form für alle Kinder positiv aufgenommen wurde. Viel wichtiger ist das pädagogische Element, dass nämlich die Verlässlichkeit, also die Validität des Übertrittsverfahrens, außerordentlich hoch liegt. Da haben wir in unserem differenzierten und durchlässigen Bildungswesen in der Tat etwas, worum uns andere Länder in Deutschland beneiden.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie jetzt sagen, Ihr Text, Ihr Titel ist "Zeit für Gerechtigkeit", dann kann ich sagen: Bildung in Bayern ist gerecht. Die Angebote stehen allen offen.

(Beifall bei der CSU)

Wir fördern passgenau, und wir fördern – das ist wichtig für die bayerischen Schüler – auf einem hohen Niveau. Wir fördern aber auch durch Fordern. Deswegen stehen wir für die hohe Qualität im bayerischen Bildungswesen, nicht für irgendein Leipziger Allerlei, schon gar nicht dort, wo man uns mit gutem Grund um das beneidet, was wir in der bayerischen Bildungslandschaft anbieten können. So weit für die Zukunft: Da sehe ich für die SPD nicht rot, sondern schwarz.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Prof. Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich mir den Dringlichkeitsantrag angeschaut habe, hat er mich von der Formulierung her ein bisschen überrascht. Frau Strohmayr, in der Analyse ist vieles richtig, was wir auch teilen. Auch bei den Forderungen, die enthalten sind, kann man bei dem einen oder anderen mitgehen. Mich hat aber das Vorgehen ein bisschen gewundert, in einen Antrag im Grunde genommen alles, was in der Schule an Themen da ist und was bisher mit Familienpolitik zu tun hat, hineinzupacken und nur eine ganz kurze Begründung zu liefern. Das fand ich etwas erstaunlich. Ich glaube, dann können die Dinge nicht differenziert übergebracht werden. Ich mache das ähnlich wie der Kollege Waschler und gehe die einzelnen Punkte durch.

Der erste Punkt betrifft einen Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Ganztagsschulplatz. Natürlich sind auch wir für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz. Aber die Begründung lautet: "um die Betreuung zu sichern und Nachhilfe überflüssig zu machen". Das ist doch nicht der Kern von Ganztagsschule. Der Kern von Ganztagsschule ist, gute Bildung und ein Konzept anzubieten, das die Kinder den ganzen Tag begleitet, aber nicht, Betreuung zu sichern und Nachhilfe überflüssig zu machen. Ich weiß, dass Sie das nicht so verkürzt meinen, aber so steht es im Antrag.

Über Kostenfreiheit für den Schulweg haben wir uns auch schon Gedanken gemacht und einen Antrag gestellt. Ihr Antrag geht weiter. Aber es kann doch nicht eine Kostenfreiheit für jeden beliebigen Schulweg sein. Übertrieben formuliert könnte ich sagen: Wenn das Kind mit dem Hubschrauber in die Schule gebracht wird, werden die Kosten erstattet. – Natürlich nicht! Wir haben doch im Bildungsausschuss darüber diskutiert, wie das gemeint ist, wenn jemand die Kinder mit dem Auto hinfährt. Das alles kommt in dem Antrag nicht zum Tragen.

Ähnlich verhält es sich mit der Lernmittelfreiheit. Da stellt sich natürlich die Frage: Was sind Lernmittel? Da hat man im Grunde genommen eine Definition. Da muss man natürlich überlegen: Ist Hardware Lernmittel? Ist es nur die Software? Wollen wir alles zur Verfügung stellen?

Ähnlich ist es auch beim kostenfreien gesunden Mittagessen. Auch da stellen sich mir Fragen. Natürlich bin ich für ein gesundes Mittagessen. Ich bin für Mittagessen an der Schule. Aber müssen wir es für alle kostenfrei stellen, auch für denjenigen, der 100.000 Euro im Jahr verdient? Dieser kann zwei oder drei Euro am Tag für das Kind ausgeben. Das sind Fragen, die man sich stellt.

Bei Nummer 5, "pädagogisches Zusatzpersonal", sind wir dabei. Dazu haben wir schon viele Anfragen und Anträge gestellt. Aber dann steht drin: "Schulsozialarbeiter, Erzieher, Psychologen und Sonderpädagogen an allen Schulen". Alle an einer Schule, oder jeweils nur der eine? – Das ist mir alles ein bisschen zu unspezifisch.

Auch bei der letzten Forderung, der nach der Abschaffung einer verbindlichen Übertrittsempfehlung, kann man weidlich diskutieren, wie man das gestaltet. Aber sie einfach nur abschaffen? Wollen Sie das in anderen Fächern haben? Wollen Sie es gar nicht haben? Wie soll man das dann gestalten? Dazu kommt mir ein bisschen zu wenig.

Der Wille, der im Antrag zum Ausdruck kommt, sei anerkannt. Das ist sicherlich richtig. Wir brauchen gerade in der heutigen Zeit Schulen, die noch mehr auf die unterschiedlichen Familiensituationen reagieren. Wir brauchen den Rechtsanspruch auf Ganztagschulen. Wir brauchen sicherlich viel größere Anstrengungen im Bereich digitale Bildung, als die Staatsregierung im Moment anbietet. Wir brauchen auch Schulsozialarbeiter, Erzieher und Psychologen. Aber da müssen wir uns jeden einzelnen Punkt, wie wir es auch im Bildungsausschuss machen, gesondert anschauen und mit Anträgen und Gesetzen unterfüttern. Deshalb werden wir FREIE WÄHLER, die von der Zielrichtung her vieles unterstützen, uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagswahl steht vor der Tür. Alle Parteien sind in der Vorbereitung. Manche wählen ihre Spitzenkandidaten durch die Basis, andere küren sie mit Getöse, je nachdem. Wir schreiben gerade vermutlich alle unsere Wahlprogramme. Wir machen das bei unserem Wahlprogramm so, dass wir den Text auch Externen geben, damit sie sich das gerade im Hinblick auf die Konkretisierung, auf die Umsetzung einmal anschauen. Ein Stück weit kommt mir dieser Dringlichkeitsantrag wie eine Zusammenfassung des Wahlprogramms vor oder vielleicht wie eine Auflistung von verschiedenen Wünschen, die man hat. Wünschen hat manchmal schon geholfen; aber für einen Antrag ist es doch ziemlich dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber man kann diesen Antrag

natürlich auch als Zusammenfassung der Arbeitsagenda der Opposition lesen, weil tatsächlich alle Oppositionsfraktionen in der letzten Legislaturperiode zu allen Punkten Gesetzentwürfe eingebracht, Konzepte vorgestellt und Finanzierungsvorschläge gemacht haben. Von daher kann man diesem Antrag vielleicht einfach applaudieren als Ausdruck für die gute Arbeit der Opposition in diesem Bayerischen Landtag. – Wenn die Opposition applaudieren würde, wäre es noch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, der Applaus beim nächsten Punkt ist mir gewiss. Man kann diesen Antrag auch als Liste der Versäumnisse dieser Staatsregierung in den letzten fünf Jahren lesen. Bei all diesen Punkten ist von dieser Seite des Hauses her nichts passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will die einzelnen Punkte kurz ansprechen. Ich fange mit Nummer 2 an: Kostenfreiheit für den Schulweg. Wir haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Es ist sicherlich kompliziert, wir werden uns noch mal um die Situation der Auszubildenden kümmern; aber das ist ein wichtiges Thema, das etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun hat. Bildungsgerechtigkeit heißt, dass man überhaupt zur Schule kommt und sich das leisten kann. Das ist in einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Schullandschaft, zum Teil in Regionen mit rückläufiger Bevölkerungszahl, wichtiger denn je. Das ist also ein wichtiges Thema, auf das wir alle gesetzt haben.

Nummer 3 – Lernmittelfreiheit: Ja, auch darum geht es. Wir werden uns in Zeiten der Digitalisierung miteinander noch einmal Gedanken darüber machen müssen, was das tatsächlich heißt, inwiefern es persönliche Lernmittel sind, inwiefern das die Aufgabe der Kommunen ist und vor allem, wie die Finanzierung vonseiten des Landes funktioniert. Da ist eine große Baustelle benannt, die wir zum Teil schon bearbeitet haben, die uns aber sicherlich bleiben wird.

Kostenfreies gesundes Mittagessen an allen Schulen: Dazu würde ich sagen, warten Sie auf unsere Vorschläge. Wir werden Sie in diesem Haus noch mit super Vorschlägen überzeugen.

Pädagogisches Zusatzpersonal, Thema zweite Lehrkraft: Wie oft haben wir das hier thematisiert? Wie oft haben wir Vorschläge gemacht? Es fehlt einfach die solide Finanzierung seitens des Landes und die Verantwortung des Kultusministeriums für dieses Thema. Deswegen sind wir bei diesem Thema nicht weitergekommen, nicht deswegen, weil wir keine guten Anträge und keine guten Konzepte hätten, sondern weil diese Staatsregierung und diese CSU-Mehrheit bei diesem Punkt nichts auf die Reihe bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschaffung der verbindlichen Übertrittsempfehlung: Das Übertrittsverfahren ist das große pädagogische Ärgernis in unserer Schullandschaft. Es ist das, was Grundschularbeit erschwert, was Eltern Ärger und Kopfzerbrechen bereitet, was Lehrerinnen und Lehrer an ihrer guten Arbeit hindert und was vor allem großen Druck auf unsere Schülerinnen und Schüler ausübt. Wer unter Druck steht, lernt nicht gut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme abschließend zu Nummer 1, weil ich diesen Punkt politisch am spannendsten finde: Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz. Da blicken wir jetzt nach Berlin. Dieses Thema ist bei Jamaika verhandelt oder sondiert worden. Bei Jamaika war schon eine Einigung auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder vorbehaltlich der Einigung über die Umsetzung. Da gab es noch keine Einigung. Aber die GRÜNEN sind dort mit einer klaren Position reingegangen, die Abschaffung oder Modifizierung des Kooperationsverbotes hieß. Weil die FDP ausgestiegen ist, kam Jamaika nicht dazu, das zu beschließen. Jetzt warten wir ab, was die Große Koalition bei diesem Thema sondieren wird. Wenn ich das so lese, dann

kommen mir mehr Fragen als Antworten. In meinem Kopf nehmen die Frage- und Ausrufezeichen zu. Im Sondierungspapier der Großen Koalition heißt es nämlich:

Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen. Für die Ausgestaltung wollen wir das SGB VIII nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vielfalt und der Wirrwarr der Finanzierungen, der Zuständigkeiten und der Qualitäten sind heute schon das Problem bei der Ganztagsbetreuung in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das über das SGB VIII regeln, werden Sie die Vielfalt weiter steigern. Sie definieren die Ganztagsbetreuung nicht als schulische Aufgabe, sondern übergeben sie an die Jugendhilfe. So werden wir ganz viele Probleme bekommen. Entweder entscheiden wir irgendwann, dass es keine Ganztagschule gibt und die Ganztagsbetreuung lediglich eine Aufgabe der Jugendhilfe ist, oder wir stehen zu den Ganztagsschulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der zukünftigen Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD: Mit der Art und Weise, wie Sie dieses Problem angehen, wird die Verwirrung im Land zunehmen. Die Qualität wird sich nicht verbessern. Ich bin sehr skeptisch, was dabei herauskommen wird.

(Horst Arnold (SPD): Hätten Sie mal besser verhandelt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden dem Dringlichkeitsantrag zustimmen, weil er das Programm für die nächste Regierung sein wird. Die letzte Regierung hat bei diesen Punkten nichts umgesetzt. Nach dem 14. Oktober 2018 werden wir eine ande-

re Regierung haben, die das umsetzen wird. Die Regierung wird nicht mehr nur aus der CSU bestehen. Ich bin mir sicher, dass das auch an der Bildungspolitik liegt.

(Horst Arnold (SPD): Kultusminister!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als Nächster hat der Staatsminister Dr. Spaenle um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Stellung dieses Antrags wird von einem zeitlichen Zufall begleitet. In den nächsten 24 bzw. 48 Stunden werden wir wohl mit den Koalitionsgesprächen in Berlin beginnen, sodass in Bayern hierfür noch schnell etwas zusammengeschustert werden musste. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Ihnen diejenigen, die an der Sondierung mitgewirkt haben, den Geist der Übereinstimmung in der Arbeitsgruppe mitgegeben hätten.

Im Moment bin ich in den Regierungsbezirken unterwegs und führe Gespräche mit den Vorsitzenden der Konferenz der Schulaufsicht. Wir führen intensive Dialoge über die konkrete Entwicklung aller Schularten in den jeweiligen Regionen dieses Landes. Mit einer Themenagenda wird eine genaue Begleitung der Umsetzung der gesteckten Ziele vorgenommen.

Es ist in der Tat richtig, dass wir gemeinsam einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter vorhaben. Dieser nimmt Bezug auf die föderale Struktur unseres Landes. Die Ergebnisse der Sondierung sind also eine konsequente Umsetzung des Bildungsföderalismus. Der Bund soll wie bei den Kindertagesstätten mit eintreten, um die Finanzierung deutlich zu verbessern, und helfen, den Rechtsanspruch umzusetzen. Die Gesprächspartner waren sich völlig einig, dass dies vor dem Hintergrund der bestehenden Modelle in den Bundesländern zu geschehen hat. Uniform und zentralistisch von Berlin aus über alle Bundesländer ein- und dasselbe Modell zu stülpen, ist in der Bildungspolitik schon immer schiefgegangen. Nach einem intensiven Dialog hat man sich auf eine solche Grundannahme und Grundüberlegung verständigt.

Ich darf ergänzend dazu bemerken, dass wir uns auch darauf verständigt haben, den Artikel 104c des Grundgesetzes, der es dem Bund ermöglicht, die Länder bei Investitionen in die schulische Infrastruktur zu unterstützen, zu ändern. Der Begriff der finanzschwachen Gemeinden soll gestrichen werden. Letztlich soll ein Ansatz zur Regionalförderung zu einer Programmförderung von Investitionen in die Infrastruktur fortentwickelt werden. Das war ein hartes Ringen. Auf beiden Seiten gab es hierzu ganz unterschiedliche Vorstellungen. Diese vor etwa einem Jahr geschaffene Möglichkeit des Bundes, die Länder bei der Bildungsinfrastruktur zu unterstützen, wollen wir weiterentwickeln. Das ist der richtige Ansatz. Wir wollen die inhaltliche Verantwortung der Länder für die schulische Bildung in den Ländern belassen. Auch das haben wir im Sondierungspapier niedergelegt.

Diesen Gedanken habe ich seit 2010 im Rahmen der Arbeit als Sprecher der unionsgeführten Länder entwickelt. Wir müssen einen Bildungsstaatsvertrag angehen, der die Qualitätssicherung des Schulunterrichts, der Lehrerbildung und der Absicherung der Strategie für das Abitur für größere Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit sicherstellt. Dieses Thema ist ebenfalls angesprochen worden. Im Rahmen der Kultusministerkonferenz werden wir das Thema wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Ich bin sehr dankbar dafür, dass auch die SPD-geführten Länder anscheinend nun bereit sind, diese Gespräche aufzunehmen. Das bedeutet, dass wir in diesem Bereich vorankommen werden. Wir haben konkrete Programmpunkte benannt, bei denen der Bund die Länder investiv unterstützen kann. Die Unterstützung soll im Ausbau der Infrastruktur der ganztagsschulischen Angebote, der Ganztagsbetreuungsangebote, der Digitalisierung und der beruflichen Schulen erfolgen. Das muss vorgebracht werden. Ich hoffe, dass wir das zügig abschließen können.

In Bayern genehmigen wir selbstverständlich alle genehmigungsfähigen Anträge für ein Ganztagsangebot. Wir kommen in diesem Punkt voran. In Bayern gibt es eine große Vielfalt, weil wir gewachsene Strukturen haben. In der Landeshauptstadt wird die Mittagsbetreuung von der Schulfamilie gewünscht. Wir bieten den offenen und den

gebundenen Ganztag an. Wir wollen das vorantreiben. Wir führen hierzu auch Gespräche, wie wir rascher vorankommen können. In den nächsten Tagen werden Gespräche mit den Verantwortlichen der Landeshauptstadt gesucht. Diesen Weg haben wir längst eingeschlagen und beschreiten diesen weiter.

Die notwendige Schulwegkostenfreiheit ist einschließlich der 10. Jahrgangsstufe sichergestellt. Ab der 11. Jahrgangsstufe ist in besonderen Fällen, entweder aufgrund der Anzahl der Kinder in einer Familie oder aufgrund einer besonderen sozialen Situation, auch darüber hinaus die Kostenfreiheit des Schulwegs ganz gewährleistet.

Bei der Lernmittelfreiheit ist das Nötige beschrieben. Diese gilt umfassend. Im Rahmen der Fortentwicklung des Masterplans BAYERN DIGITAL II sind wir dabei, das Thema digitale Bildung an Bayerns Schulen zu einem Schwerpunkt zu machen. Wir befinden uns in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Förderrichtlinien, wie das Projekt "digitales Klassenzimmer" für die Sachaufwandsträger unterstützungsfähig gemacht werden kann. Ich hoffe, dass wir in kurzer Zeit zu einem Modell kommen, das getragen wird. Dann können wir mit der Umsetzung dieses Teils des Masterplans beginnen. Wir wollen, dass die Sachaufwandsträger bei der Schaffung der Infrastruktur umfassend unterstützt werden können. Ein weiteres Ziel ist die Vermeidung des Windhundprinzips.

Ein gesundes Mittagessen und dessen Kostenfreiheit sind weitestgehend sichergestellt. Auch hierfür lohnt sich ein Blick in das Sondierungspapier. Ein gemeinsames Ziel ist, dass wir bei der Kostenfreiheit auch durch die Mitwirkung des Bundes an geeigneter Stelle ein Stück weit vorankommen.

Die Mehrung des pädagogischen Personals ist ein bildungspolitisches Ziel, das zur Berufsbeschreibung des Kultusministers gehört. Dieser hat bei Stellen und Mitteln unersättlich zu sein. Wir haben in den vergangenen Jahren die Anzahl der Schulpsychologen und des pädagogischen Betreuungspersonals deutlich ausgebaut und tun dies

weiterhin. Ohne Zweifel sind hier weitere Anstrengungen notwendig. Wir wollen dies gemeinsam tun.

Wer die Abschaffung der verbindlichen Übertrittsempfehlung nach dem bayerischen Modell verlangt, trifft damit Kinder aus bildungsfernen Schichten. Das ist die ganz klare Erkenntnis der empirischen Bildungsforschung. Familien, bei denen die Elternteile kein Abitur haben bzw. keine akademische Ausbildung genossen haben, entscheiden sich seltener für eine Schullaufbahn an einer weiterführenden Schule, wenn dazu keine konkrete Übertrittsempfehlung vorliegt. Wer diesen Vorschlag allen Ernstes umsetzen will, schadet Kindern aus solchen Familien. In Bayern verfolgen wir den Weg einer Übertrittsempfehlung, die verbindlichen Charakter hat: Damit wird der Probeunterricht ermöglicht, und bei zweimal Note Vier in den maßgeblichen Fächern wird die Entscheidung der Eltern für die Wahl der Schullaufbahn als letztlich rechtsverbindlich gesetzt. Sie kennen die Zahlen. In Richtung Gymnasium macht etwa 1 % der Kinder eines Jahrgangs davon Gebrauch, in Richtung Realschule sind es zwischen 3 und 4 % der Kinder eines Eintrittsjahrgangs. Das ist der richtige Weg. Durch die Kompetenz der Lehrkräfte, die verbindliche Schullaufbahnempfehlung und die Entscheidung der Eltern wird ein Grad an Bildungsgerechtigkeit, wie er notwendig ist, in Bayern weiter verfolgt.

Ich nehme die Anregungen sehr gerne mit und werde den Sondierungskollegen in Berlin die intensive Mitwirkung der Bayern-SPD mitteilen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich gebe nun bekannt, dass die CSU-Fraktion zu dem SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Nachdem die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, wird die namentliche Abstimmung nach dem nächsten Tagesordnungspunkt erfolgen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken" auf Drucksache 17/20309. Über diesen Antrag wird ebenfalls in namentlicher Form abgestimmt. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 15.07 bis 15.10 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Ich bitte doch um etwas Ruhe. Wir sind in wenigen Minuten, wenn nicht sogar Sekunden fertig. Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zeit für Gerechtigkeit – Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken", Drucksache 17/20309: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt, Stimmenthaltungen: 13. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD; Zeit für Gerechtigkeit - Bildungsqualität erhöhen, Familien stärken (Drucksache 17/20309)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	43	79	13